

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Einmal mehr sorgt die NPD-Fraktion dafür, dass wir uns im Sächsischen Landtag mit Fragen der deutschen Außenpolitik befassen dürfen. Ich nehme an, dass Auswärtige Amt steht auch schon Kopf wegen der Debatte am heutigen Abend und Ihrer parlamentarischen Initiative, die offensichtlich der Antragswiederaufbereitungsanlage der NPD-Fraktion vor Weihnachten entsprungen ist.

Entgegen den Anträgen, die die NPD zum Haushalt stellte und mit denen sie ganz ungeniert ihre Aversion gegen Sinti und Roma, gegen Menschen mit Behinderung oder jüdische Menschen zu Schau gestellt hat, geht sie hier etwas subtiler vor. Doch Ihr Antrag ist auch diesmal durchschaubar. Sie fordern also den Abzug deutscher Truppen und wollen Deutschland zur Friedensmacht erklären. Die NPD als Friedensstifter – diese Wahnvorstellung hat einen Blick in Ihre Programmatik und die Äußerungen von berühmten Neonazis aus Ihren Reichen verdient.

So findet sich eine Äußerung von Holger Apfels Amtsvorgänger Udo Voigt – ich zitiere –: „Ein Drittel des Gebiets des Deutschen Reiches steht nach wie vor unter polnischer Verwaltung: Pommern, Westpreuße, Osteuropa, Schlesien. Ob das Königsberg ist, ob das Danzig ist, ob das Breslau ist – das sind alles deutsche Städte für uns, die uns nach den Ereignissen des Zweiten Weltkrieges entgegen dem Völkerrecht abgenommen wurden und auf die wir natürlich Anspruch erheben.“

Zwischenrufe aus der NPD-Fraktion

Ich führe weiter die Zitate von Herrn Udo Voigt aus. Er sagt dazu noch: „Aber es sind ja nicht nur diese Gebiete. Es gibt auch Österreich, das zählt auch zu Deutschland, und Wien war tausend Jahre länger Hauptstadt als Berlin.“

Zudem hatte der sogenannte NPD-Arbeitskreis Außen- und Sicherheitspolitik im September 2010 in einem „Schlesischen Manifest“ verkündet,

dass sich die Partei für die – ich zitiere – „Zurückerlangung uralter deutscher Siedlungsgebiete, unter anderem auch im Sudetenland“ einsetze. Es stellt sich doch die Frage, wie diese revisionistischen Gebietsansprüche mit Ihrer vorgetäuschten Friedfertigkeit zu vereinbaren sind. In ihren sogenannten außenpolitischen Leitlinien verlautbart die NPD: Die NPD bestreite die Rechtmäßigkeit der durch die Alliierten erzwungenen Grenzanerkennungsverträge.

Damit dürfte zunächst klar sein, wie wir die Friedfertigkeit der NPD einordnen dürfen. Nicht klar scheint der NPD einmal mehr die Abfolge von Ursache und Wirkung in der deutschen Geschichte zu sein.

Die Bundesrepublik Deutschland musste nach dem Zweiten Weltkrieg lange darum kämpfen als außenpolitischer Partner überhaupt wieder gleichrangig behandelt zu werden – und das war auch richtig so. Der Kniefall von Willy Brandt am 7. Dezember 1970, mit dem er der ermordeten Juden im Warschauer Ghetto gedachte, markiert eine wesentliche Zäsur der Entwicklung Deutschlands nach 1945, die bis zum heutigen Tag – darauf lege ich Wert, bis zum heutigen Tag – von Demut geprägt sein sollte.

Wir wissen selbst gut genug, dass durch den Zerfall der Nachkriegsordnung das „Out-of-Area“-Urteil 1994 und den 11. September die außenpolitischen Herausforderungen andere geworden sind. Das werden wir als Demokraten auch diskutieren. Aber das tun wir gewiss nicht auf das Geheiß einer Partei, die heute nicht in der Lage ist, Deutschlands Alleinschuld an zwei Weltkriegen und damit verbundene Grenzen anzuerkennen.